

Protokoll:

Es erfolgt eine Erläuterung der Datenerhebung und anschließende Erklärung der Statistiken zu der Korrelation des Bildungsniveaus von Eltern, Kinderarmut und Auffälligkeit in der Schuleingangsuntersuchung durch Herrn Dohms.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich über den zusammenhängenden Themenbereich in Bezug auf die Statistik aus. Zum Thema Auffälligkeiten in der Schuleingangsuntersuchung wird von AM Zinndorf angemerkt, dass Bildungsgutscheine nicht ausreichend beworben werden, was Förderung weiter einschränkt. Herr Karbach merkt an, dass die Ansprache direkt in den Schulen stattfinden muss. Infolgedessen findet eine Diskussion über die Möglichkeiten von Eltern, mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen statt, ihre Kinder entsprechend zu fördern. RM Wierschem bemerkt, dass zunächst der Bedarf erläutert werden muss.

RM Bourry merkt an, dass Theorie und Praxis immer unterschiedlich wären und die Bildungsgutscheine direkt in Schulen und Kindergärten angeboten werden müssten, um Kinder zu erreichen, die trotz Sommerschule oder Ähnlichem nach mehreren Jahren in Deutschland noch sprachliche Probleme hätten. Es wird angemerkt, dass Sekretariatskräfte die Arbeit der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen übernehmen, welche nicht in ihrem Kompetenzbereich liegt und die Sekretariate zeitlich überlastet sind. Es wird erneut die Förderung von geflüchteten Kindern mit Sprachdefiziten von RM Bourry angesprochen und vorgeschlagen, eine Empfehlung des Schulträgerausschusses an das Land Rheinland-Pfalz zu senden, die die Verlängerung der Zeitspanne zur Abdeckung der Förderung empfiehlt.

Die Vorsitzende merkt an, dass eine Aufstellung der Sprachförderangebote an den Koblenzer Schulen, in Zusammenarbeit mit der Leitstelle für Migration und Integration, zur nächsten Sitzung des Schulträgerausschusses zur Verfügung gestellt wird.